

Kassel, 13.12.2010

Niederschrift

über die **59. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 24.11.2010, 16.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. | Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2011 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2014 | 101.16.1936 |
| 2. | Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 | 101.16.1803 |
| 2.1 | Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplan 2011 | 101.16.1803 |
| 2.2 | Veränderungslisten 2 und 3 zum Haushaltsplan 2011 | 101.16.1803 |
| 2.3 | Stellenplan des Haushaltsplanes 2011 | 101.16.1803 |
| 2.4 | Anträge des Jugendhilfeausschusses | 101.16.1803 |
| 2.5 | Änderungsanträge der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten | 101.16.1803 |
| 3. | Überarbeitung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2011 | 101.16.1931 |
| 4. | Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) | 101.16.1897 |
| 5. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 7/2010 - | 101.16.1919 |
| 6. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste XII/2010 - | 101.16.1920 |
| 7. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste A/2010 - | 101.16.1921 |
| 8. | Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 | 101.16.1922 |
| 9. | Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 | 101.16.1923 |
| 10. | Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung) | 101.16.1924 |
| 10.1 | AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH | 101.16.1941 |

11.	Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen	101.16.1711
12.	Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009	101.16.1717
13.	Kassel-Marathon	101.16.1731
14.	Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung	101.16.1738
15.	Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer	101.16.1739
16.	SchülerInnen ticket im Solidarmodell	101.16.1756
17.	Auebad Sprunganlage Sanierung starten	101.16.1759
18.	Steuerschätzung	101.16.1768
19.	Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises	101.16.1788
20.	Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass	101.16.1799
21.	Zukunftsfähiges Wirtschaften	101.16.1808
22.	Zweitwohnungssteuer	101.16.1816
23.	Mediationsverfahren Friedhofspflegearbeiten	101.16.1841
24.	Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke	101.16.1865
25.	Keine Zweitwohnungssteuer für Familien	101.16.1902
26.	Besondere Aufgabenbereiche innerhalb der Verwaltung	101.16.1906
27.	Bäderbeschluss umsetzen - Planung für Wilhelmshöhe und Harleshausen vorstellen	101.16.1914

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 17.11.2010 ordnungsgemäß einberufene 59. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantragt für den Magistrat die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt

AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1941 -.

Vorsitzende Friedrich stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage des Magistrats betr. AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH, 101.16.1941, wird **zugestimmt**.

Die Vorlage wird nach Tagesordnungspunkt 10 zur Beratung aufgerufen.

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

2. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014

Vorlage des Magistrats,

- 101.16.1803 -

und

3. Überarbeitung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2011

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1931 -

gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke.ASG, beantragt die Tagesordnungspunkte

20. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.16.1799 -

und

21. Zukunftsfähiges Wirtschaften

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.16.1808 -

in der heutigen Sitzung aufzurufen.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass sich der Ältestenrat dahingehend geeinigt hat, dass Bürgereingaben nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung zukünftig wie alle anderen Anträge und Anfragen in die Tagesordnung eingereiht werden. Vorsitzende Friedrich stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG auf heutigen Aufruf der Tagesordnungspunkte 20 betr. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass, 101.16.1799, und 21 betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.16.1808, wird **abgelehnt**.

1. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2011 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2014

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1936 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014.“

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2011 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2014, 101.16.1936, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn. Er beantragt abschnittsweise Abstimmung.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

I. **Seite 8**

Der Satz: „**Die Stadt darf keine Anreize zum Zuzug von Transferempfängern geben**“ wird ersatzlos gestrichen.

II. **Seite 8**

Folgender Abschnitt wird am Ende der Seite eingefügt:

Es sind Initiativen zu entwickeln und zu ergreifen, um die für die Stadt Kassel notwendigen und unverzichtbaren sozialen Infrastruktureinrichtungen, Drogenhilfe, Erziehungshilfe, Frauenhaus, durch eine Mitfinanzierung durch den Landkreis und die umliegenden Gemeinden in ihrer Existenz zu sichern.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der **Abschnitt I** des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2011 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2014, 101.16.1936, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der **Abschnitt II** des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kassel zum Haushaltsplan 2011 und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre bis 2014, 101.16.1936, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

2. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1803 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 vom 23.08.2010, einschließlich der Veränderungsliste 1 zum Haushaltsplanentwurf 2011
 - b) das Investitionsprogramm (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2011 - 2014
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2010 bis 2014 nach dem Stand vom 23.08.2010 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.

Die Veränderungsliste 4 zum Haushaltsplan 2011 liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor.

2.1 Anträge der Ortsbeiräte zum Haushaltsplan 2011

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die aus der beigefügten Zusammenstellung (Anlage) über Änderungsvorschläge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011 ersichtlichen Beschlussvorschläge des Magistrats und - soweit sich Änderungen hinsichtlich der Veranschlagung ergeben - die Aufnahme in den Haushaltsplan 2011.“

Die Fragen der Ausschussmitglieder zu den Anträgen der Ortsbeiräte werden vom Magistrat beantwortet.

Im Verlauf der Diskussion beantragt Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, die Beschlussvorschläge des Magistrats zu den Anträgen der Ortsbeiräte in den Anlagen 7, 14, 16, 19, 24, 28, 31, 33, 34, 38 und 40 gesondert abzustimmen. Er ist mit einer en bloc Abstimmung einverstanden.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Den **Anlagen 7, 14, 16, 19, 24, 28, 31, 33, 34, 38 und 40** des Antrages des Magistrats betr. Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011, 101.16.1803, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Den **Anlagen 1 - 6, 8 - 13, 15, 17 - 18, 20 - 23, 25 - 27, 29 - 30, 32, 35 - 37 und 39** des Antrages des Magistrats betr. Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011, 101.16.1803, wird **zugestimmt**.

2.2 Veränderungslisten 2 und 3 zum Haushaltsplan 2011 und Veränderungsliste 4 zum Haushaltsplan 2011

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2011 in der Fassung der beigefügten Veränderungslisten 2 und 3 und 4. Die Änderungen sind in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.

Die Ansätze dieser Veränderungslisten und die sich im Zuge der Beratungen ergebenden Änderungen sind in das Investitionsprogramm und die Finanzplanung für die Jahre 2011 - 2014 einzuarbeiten.

Die Haushaltssatzung ist aufgrund der Ergebnisse der Haushaltsberatungen aufzustellen.

- b) Die sich aus den Veränderungslisten für die Jahre 2011 bis 2014 ergebenden Ansatzänderungen im Ergebnishaushalt und deren Auswirkungen auf die Finanzplanung 2011 bis 2014 werden zur Kenntnis genommen.

Die Veränderungslisten 2 bis 4 werden beraten.

Stadtverordneter Lewandowski erklärt zum Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion, dass sie nicht gegen Einzelmaßnahmen der Veränderungsliste 4 ist sondern nur gegen das Gesamtergebnis.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Den Veränderungslisten 2 und 3 und 4 zum Haushaltsplan 2011, 101.16.1803, wird **zugestimmt**.

2.3 Stellenplan des Haushaltsplanes 2011

Antrag

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Entwurf des Stellenplans 2011 einschließlich der Veränderungslisten A bis H wird zugestimmt.

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

➤ **Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Der Betreuungsschlüssel für die Regelgruppen in den Kindertagesstätten ist auf 2 Stellen in allen Regelgruppen festzuschreiben. . . .

Die **Liste B - Einrichtung neuer Planstellen** zum Entwurf des Stellenplans ist dafür um **30 Stellen** im Bereich Erzieher/in, Kindertagesstätten, Jugendamt zu ergänzen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Entwurf des Stellenplans 2011, 101.16.1803, wird **abgelehnt**.

➤ **Gemeinsamer Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**

Das Tagesbetreuungsgesetz verpflichtet Städte und Gemeinden zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Durch den Rechtsanspruch ab 2013 für U-3 Plätze sollen weitere 80 neue Plätze ab 01.08.2011 geschaffen werden.

Die Aufwendungen zwischen freien Trägern und städtischen Einrichtungen werden folgend aufgeteilt: 50 Plätze gehen an städt. Einrichtungen und 30 Plätze an freie Träger.

Die **Liste B - Einrichtung neuer Planstellen** zum Entwurf des Stellenplans 2011 ist dafür um **10 Stellen** im Bereich Erzieher/in, Kindertagesstätten, Jugendamt zu ergänzen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Entwurf des Stellenplans 2011, 101.16.1803, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderter Antrag zum Entwurf des Stellenplans 2011**

Dem Entwurf des Stellenplans 2011 einschließlich der Veränderungslisten A bis H wird **in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 24.11.2010 erarbeiteten Fassung zugestimmt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag zum Entwurf des Stellenplans 2011, 101.16.1803, wird **zugestimmt**.

2.4 Anträge des Jugendhilfeausschusses

➤ **Änderungsantrag Nr. 1 des Jugendhilfeausschusses**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

1. im Haushaltsentwurf des Magistrats für die Arbeit des Diakonischen Werkes, Projekt „Real Life“, in 2011 eine Zuwendung in Höhe von 10.000 € als Kofinanzierung einzusetzen.
2. Sollte diese Möglichkeit nicht bestehen, wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob es andere Möglichkeiten gibt, die Finanzierung über eine Alternative zu realisieren.

Stadtkämmerer Dr. Barthel und Stadträtin Janz beantworten die Fragen der Mitglieder. Auf Antrag von Stadtverordneten Rönz, B90/Grüne, stellt Vorsitzende Friedrich den Änderungsantrag ziffernweise zur Abstimmung.

Ziffer 1 des Änderungsantrags Nr. 1 des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Ziffer 2 des Änderungsantrags Nr. 1 des Jugendhilfeausschusses wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

➤ **Änderungsantrag Nr. 2 des Jugendhilfeausschusses**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,
im Haushaltsentwurf des Magistrats für den Haushalt 2011 die Mittel für das Kinder- und
Jugendnetzwerk in einer eigenen Haushaltsstelle zuzuordnen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt, dass der Antrag bereits vom Amt Kämmerei und Steuern
inhaltlich erfüllt ist.

Dem Änderungsantrag Nr. 2 des Jugendhilfeausschusses wird bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
zugestimmt.

2.5 Änderungsanträge der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten

Lfd. Nr. 1): Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite Haushalt: S. 73 ff / S. 88

Teilergebnishaushalt: Gesamtergebnishaushalt / Gesamtfinanzhaushalt

Jahr	2011 Euro
Kürzung um	5 %

Begründung:

Der Magistrat wird beauftragt, für eine Haushaltskonsolidierung in den Teilhaushalten der
Dezernate I, II, III, V und VI jeweils 5 % der veranschlagten Gelder einzusparen.

Die vorzuschlagenden Sparmöglichkeiten sind in Form einer spezifizierten Prioritätenliste
zu erarbeiten und gilt ebenfalls für die Folgejahre.

Ausgenommen davon werden finanzielle Ansätze für Kinder und Jugendliche.

Der Änderungsantrag Nr. 1 der FDP-Fraktion wird bei
Zustimmung: CDU, FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Enthaltung: --
abgelehnt.

Lfd. Nr. 2): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Kosten für Sachverständige begrenzen

Teilergebnishaushalt 11 Personal- und Organisationsamt

Seite Haushalt 136

Sachkonto 67710000

Beschreibung Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte, Gerichtskosten

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	30.000
Kürzung um	20.000
neuer Haushaltsansatz	10.000

Begründung:

Die Verlagerung von Aufgabenerfüllung von städtischen Bediensteten auf externe Fachkräfte
erhöht den Koordinationsaufwand und verschlechtert die Planbarkeit von Aufgaben. Die geplante
Ausdehnung der Finanzmittel wird abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 3): Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite Haushalt: S. 136

Teilergebnishaushalt: Amt 110 Personal- und Organisationsamt

Sachkonto: 67790000

Beschreibung: Aufwendungen für andere Beratungsleistungen

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	100.000,- €
Kürzung um	100.000,- €
neuer Haushaltsansatz	0

Begründung:

Die Anzahl, Ausbildung und Kompetenz der städtischen Bediensteten ist ausreichend, um Planungen und Beurteilungen für Projekte eigenständig vorzunehmen. Daher sind keine externen Beratungsleistungen notwendig und es müssen dafür keine Gelder in den Haushalt eingestellt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 3 der FDP-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

abgelehnt.

Lfd. Nr. 4): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Seite Haushalt 139

Teilergebnishaushalt 11001 Organisation

Sachkonto 677 900 000

Beschreibung Aufwendungen für andere Beratungsleistungen

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	100.000
Erhöhung um	25.000
neuer Haushaltsansatz	125.000

Begründung:

Zahlreiche Grundschulen in Kassel entwickeln sich derzeit weiter in Ganztagsgrundschulen und erarbeiten hierfür Konzepte für Planung und Umsetzung. Zur professionellen Unterstützung dieser Aktivitäten sollen im Bereich „Gutachten allgemein“ Prozessmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 5): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Sozialpass einführen

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstellung und das Versenden eines Sozialpasses in Höhe von 20.000 €

Begründung:

Ein Sozialpass ist ein diskriminierungsfreier Nachweis zur Inanspruchnahme vorhandener Ermäßigungen in sozialen und kulturellen Bereichen ohne die detaillierte Offenlegung der Finanzsituation der LeistungsbezieherInnen.

In anderen Städten sind Sozialpässe bzw. Stadtpässe bereits erfolgreich eingeführt.

Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport gab es eine Bürgereingabe zu diesem Thema, die nicht nur beschlossen, sondern mit den erforderlichen Mitteln umgesetzt werden soll.

Deckungsvorschlag:

Umwidmung anderer Beratungsleistungen,

Begrenzung der Kosten für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten

Der Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 6): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Sozialticket einführen

Teilergebnishaushalt 500 Sozialamt

Seite Haushalt 213 ff

Sachkonto 71280000

Beschreibung Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	0
Erhöhung um	850.000
neuer Haushaltsansatz	850.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte

Begründung:

Die Mittel werden bereitgestellt, um 2011 ein Sozialticket für 15 Euro im Monat in Kassel probeweise einführen zu können. Ein Sozialticket ermöglicht den Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben. Dies ist erstens ein wichtiges Grundbedürfnis und zweitens eine wichtige Grundlage, um auch erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Gerade angesichts der Krise sind wirksame Hilfen für Menschen mit geringem Einkommen dringend geboten.

Die Mittel zur Finanzierung des Angebots für die KVG werden in notwendiger Höhe von 850.000 Euro bereitgestellt. Eine wachsende Zahl von Städten und Regionen haben Sozialtickets bereits eingeführt, auch bei stark defizitärer Haushaltslage. In Kassel ist ein Sozialticket schon längst überfällig

Der Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

**Lfd. Nr. 7): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Sportfördermittel Jugendliche**

Seite Haushalt 291
Teilergebnishaushalt 52001 - Sportamt
Sachkonto 711 910 000
Beschreibung Freiwillige Zuschüsse, ehemaliger Globalbetrag

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	323.000
Erhöhung um	13.000
neuer Haushaltsansatz	336.000

Begründung:

Aktive sportliche Betätigung wirkt sich positiv auf die körperliche, geistige und soziale Entwicklung junger Menschen aus. Sportvereine sollen mit der Erhöhung der Fördermittel für den Jugendsportbereich um 1 Euro je Jugendlichen dazu angeregt und auch unterstützt werden, ihre Jugendarbeit für dieses Ziel zu intensivieren und möglichst allen Jugendlichen den Zugang zum Sportverein erleichtern.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
zugestimmt.

**Lfd. Nr. 8): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Kommunaler Bildungsfond ausreichend ausstatten, Fahrkarten für weiterführenden Schulbesuch finanzieren**

Teilergebnishaushalt 40 Schulverwaltungsamt
Seite Haushalt 303
Sachkonto 72880095
Beschreibung Kommunaler Bildungsfonds

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	50.000
Erhöhung um	350.000
neuer Haushaltsansatz	400.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

Im Teilhaushaltsplan 40003 Gymnasien und 40004 Berufliche Schulzentren sind für 2011 keine Mittel mehr vorgesehen, der Bedarf ist nach wie vor vorhanden.

Da die Finanzierung der Fahrkarten für die SchülerInnen in weiterführenden Schulen nach wie vor durch die Sozialbehörden verweigert werden, sollen die notwendigen Mittel zur Gewährleistung des Zugangs zur Bildung für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen über den Bildungsfond sichergestellt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 9): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Gute Betreuung in den Kindertagesstätten**

Der Betreuungsschlüssel für die Regelgruppen in den Kindertagesstätten ist auf 2 Stellen in allen Regelgruppen festzuschreiben.

Es sind die notwendigen Mittel bereitzustellen damit in den städtischen Kindertagesstätten die Regelgruppengröße bei 20 Kindern liegen kann.

Es sind die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit die freien Träger so bezuschusst werden können, das auch dort eine Regelgruppengröße von 20 Kindern erreicht werden kann.

Begründung:

Grundlage von Bildungsgerechtigkeit ist eine fachlich angemessene Betreuung der Kinder von Anfang an. Zu dieser gehört neben einer adäquaten Gruppengröße ebenso ein Betreuungsschlüssel, der es ermöglicht, auf die Bedürfnisse der Kinder in angemessener Form einzugehen.

Darüber hinaus gilt: Wer steigenden Kosten in der Jugendhilfe ernsthaft entgegenzutreten will, muss frühzeitig in Kinderbetreuung und Bildung investieren. Im Gegensatz zu den unkontrolliert wachsenden Ausgaben in der „Nachsorge“ können diese Ausgaben sinnvoll gesteuert werden.

Der Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

**Lfd. Nr. 10): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Ausbau U-3 Plätze städtische Kindertagesstätten: Gehälter**

Seite Haushalt S. 325

Teilergebnishaushalt 510 Jugendamt

Sachkonto 620 020 000

Beschreibung Gehälter einschließlich Zulagen

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	19.644.080
Erhöhung um	141.700
neuer Haushaltsansatz	19.785.780

Begründung:

Das Tagesbetreuungsgesetz verpflichtet alle Städte und Gemeinden zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Durch den Rechtsanspruch ab 2013 für U-3 Plätze sollen weitere 80 neue Plätze ab 01.08.2011 geschaffen werden.

Die Aufwendungen zwischen freien Träger und städt. Einrichtungen werden folgend aufgeteilt. 50 Plätze gehen an städt. Einrichtungen und 30 Plätze an freie Träger.

Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 11): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Ausbau U3 in der Kinderbetreuung sichern**

Der Ausbau der Plätze für die U3 (unter drei jährigen) wird von 50 auf 113 im Jahr 2011 erhöht. Es sind die notwendigen Mittel bereitzustellen damit in den städtischen Kindertagesstätten und bei den freien Trägern die entsprechenden Gruppen eröffnet und betrieben werden können.

Begründung:

Grundlage von Bildungsgerechtigkeit ist eine fachlich angemessene Betreuung der Kinder von Anfang an. Wenn das Ziel des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung im Jahr 2013 aufrechterhalten werden soll, sind jetzt entsprechende Ausbaupläne zu intensivieren.

Die Anzahl der 113 Plätze entspricht der im Haushalt 2010 vorgesehenen Ausbauplanung, die aber nicht umgesetzt wurde.

Darüber hinaus gilt: Wer steigenden Kosten in der Jugendhilfe ernsthaft entgegentreten will, muss frühzeitig in Kinderbetreuung und Bildung investieren. Im Gegensatz zu den unkontrolliert wachsenden Ausgaben in der „Nachsorge“ können diese Ausgaben sinnvoll gesteuert werden.

Der Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 12): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**Ausbau U-3 Plätze Freie Träger**

Seite Haushalt S. 334

Teilergebnishaushalt 51002 Förd. von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege

Sachkonto 728 800 000

Beschreibung Sonstige soziale Erstattungen an übr. Bereiche

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	13.780.090
Erhöhung um	95.750
neuer Haushaltsansatz	13.875.840

Begründung:

Das Tagesbetreuungsgesetz verpflichtet alle Städte und Gemeinden zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Durch den Rechtsanspruch ab 2013 für U-3 Plätze sollen weitere 80 neue Plätze ab 01.08.2011 geschaffen werden.

Die Aufwendungen zwischen freien Träger und städt. Einrichtungen werden folgend aufgeteilt. 50 Plätze gehen an städt. Einrichtungen und 30 Plätze an Freie Träger.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Die Änderungsanträge Nr. 13 und 34 werden auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Lfd. Nr. 13): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**Aktive Eltern – Kofinanzierung HEGISS (bisher bei -63- veranschlagt)**

Seite Haushalt 343
Teilergebnishaushalt 51004 - Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
Sachkonto 728 800 000
Beschreibung sonst. soziale Erstattungen an übrige Bereiche

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	913.950
Erhöhung um	25.000
neuer Haushaltsansatz	938.950

Begründung:

„Aktive Eltern“ ist ein Projekt zur Familienbildung, das im Schlachthof angesiedelt ist. Das Projekt „Aktive Eltern“ ist Teil der so genannten Leuchtturmprojekte der Stadt Kassel und wirkt mit seinen Aktivitäten daran die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien zu verbessern. Zur Fortführung des Projekts ist die Streichung der Mittel zurückzunehmen, um die Kofinanzierung der HEGISS-Mittel des Landes sicherzustellen.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 34): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Fortführung Projekt Aktive Eltern sichern**

Teilergebnishaushalt 51003 Jugendamt Allgemeine Förderung junger Menschen
Seite Haushalt neu
Sachkonto 728 800 000
Beschreibung Zuschüsse für soziale Zwecke Projekt Aktive Eltern

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	0
Erhöhung um	25.000
neuer Haushaltsansatz	25.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

Aktive Eltern ist ein Projekt zur Familienbildung. Bei allen Fragen zur Entwicklungsförderung von Kindern im familiär-privaten Bereich oder in Kindergärten steht das Projekt den Eltern und den MitarbeiterInnen von Kindergärten und Schulen zur Verfügung. Sie sind offen für alle Eltern und kostenfrei.

Das Projekt Aktive Eltern wirkt mit seinen Aktivitäten daran die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien zu verbessern.

Der Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 14): Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite Haushalt: S. 407
 Teilergebnishaushalt: Amt 660 Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
 Sachkonto: 61650400
 Beschreibung: Unterhaltung/Instandhaltung Ingenieurbauwerke

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	350.000,- €
Kürzung um	150.000,- €
neuer Haushaltsansatz	200.000,- €

Begründung:

Es gibt keine Rechtfertigung für weitere Erhöhungen von Brückengeländern.
 In den Jahren 2008 und 2009 lag die Summe für die Unterhaltung/Instandhaltung von Ingenieurbauwerke jeweils unter 200.000,- €. Daher sind 150.000,- € wieder aus dem Haushaltsansatz zu entfernen.

Der Änderungsantrag Nr. 14 der FDP-Fraktion wird bei

Zustimmung: CDU, FDP
 Ablehnung: SPD, B90/Grüne
 Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 15): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Luftreinhaltung und Lärminderung**

Seite Haushalt 428
 Teilergebnishaushalt 67001 - Umweltschutz
 Sachkonto 677 100 000
 Beschreibung Aufw. für Sachverständige, Rechtsanwälte, Gerichtskosten

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	191.500
Erhöhung um	20.000
neuer Haushaltsansatz	211.500

Begründung:

Zur Verbesserung der Lebensqualität und aus gesundheitlichen Erwägungen ist die Verbesserung der Luftqualität und die Minderung der Lärmbelastung eine wichtige Aufgabe in Kassel. Um hier weitere Schritte zu ermöglichen, sollen die o. g. weiteren Mittel im Bereich Gutachten verwendet werden.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
 Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP
 Enthaltung: --
zugestimmt.

**Lfd. Nr. 16): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Hebesatz erhöhen, Unternehmenssteuerausfälle begrenzen**

Teilergebnishaushalt 90 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Seite Haushalt 449
 Sachkonto 55530000
 Beschreibung Gewerbesteuer

Jahr	2011/Euro
Haushaltsansatz	120.000.000
Erhöhung um	5.400.000
neuer Haushaltsansatz	125.400.000

Der Steuersatz für die Gemeindesteuer bei der Gewerbesteuer wird für das Haushaltsjahr 2011 auf 460 v. H. festgesetzt.

Begründung:

Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 senkt die Bundesregierung die Gewerbesteuermesszahl von 5,0 % auf 3,5 %. Dies ist eine Senkung um 30% eines Faktors in der Gewerbesteuerberechnung. Ob die Kompensation der Einnahmeausfälle in den späteren Jahren wirklich greift, wird von etlichen Experten und den Erfahrungen mit der letzten Unternehmenssteuerreform 2000 in Frage gestellt.

Die Gewerbesteuer ist kommunal durch den Hebesatz zu beeinflussen. Damit kann das Stadtparlament der Steuersenkung gegensteuern und die erheblichen Steuergeschenke für Unternehmen zu Lasten notwendiger Aufgaben der Kommunen verringern. Die Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte entspricht einem Plus von ca. 4,5 % und kann den zu erwartenden Ausfällen entgegenwirken. Der Einfluss auf die Gewerbesteuer kann im Gegensatz zu vielen nicht beeinflussbaren Steueränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen zu Gunsten der Stadt Kassel und seiner BürgerInnen genutzt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 17): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Langes Feld freihalten

Amt/Bereich 23 Liegenschaftsamt

Seite Haushalt 479

Sachkonto 050011001

Beschreibung f. 2011 Kosten für den Erwerb von Grundstücken

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	4.700.000	3.100.000	2.700.000	2.200.000
Kürzung um	3.000.000	2.100.000	1.700.000	1.200.000
Neuer Ansatz	1.700.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Begründung:

Eine Bebauung des Langen Felds wird auf Grund der Frisch- und Kaltluftversorgung, der Naherholung, des Naturschutzes und der hochwertigen landwirtschaftlichen Böden abgelehnt. Der Erwerb von landwirtschaftlichen Nutzflächen macht unter diesen Rahmenbedingungen keinen Sinn. Einem nachhaltigen, regionalen Gewerbeflächenmanagement wird durch die Neuausweisung des am Bedarf vorbei geplanten einkommunen Gewerbegebiets mit der Kapazität für die nächsten 3 Jahrzehnte entgegengearbeitet.

Bisher weigert sich der Magistrat darüber hinaus die Kosten für den Grundstückserwerb im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet Langes Feld und deren Finanzierungskosten offen zulegen. Bei einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Städtischen Geld und den Informationsrechten kann so keine weitere Mittelbereitstellung erfolgen.

Der Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 18): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Schule/Hort Jungfernkopf - Sanitäranlage sanieren

Amt/Bereich 65 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

Seite Haushalt neu

Sachkonto neu

Beschreibung f. 2011 Umbau Pavillon Schule/ Hort Jungfernkopf

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	0			
Erhöhung um	50.000			
Neuer Ansatz	50.000			

Deckungsvorschlag:

Kosten für den Erwerb von Grundstücken Langes Feld

Begründung:

Von den Eltern der Hortkinder wurde die Sanierung des Sanitärbereichs als vordringliche Aufgabe gefordert und vom Ortsbeirat Jungfernkopf als Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf beschlossen.

Der Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 19): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Schulgebäude Unterhaltung sichern

Amt/Bereich 400 Schulverwaltungsamt

Seite Haushalt Seite 523

Beschreibung f. 2011 Gesamtsumme Investitionen

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	4.590.400	4.579.300	4.775.300	51.353.530
Erhöhung um	5.000.000	5.000.000	5.000.000	
Kürzung um				15.000.000
Neuer Ansatz	9.590.400	9.579.300	9.775.300	36.353.530

Deckungsvorschlag:

Investitionen in den Flughafenneubau Calden

Begründung:

„Die städtischen Gebäude haben einen Neubauwert (hochgerechneter Versicherungswert 1914) von ca. 800 Mio. €. Wird nur 1% für die Unterhaltung angesetzt, so müssten jährlich 8,0 Mio. € veranschlagt werden. Da dieser Wert auf der Basis gesunder Substanz errechnet wird, wird das jährliche Defizit bei Veranschlagung von 6,0 Mio. € in Anbetracht der noch zu realisierenden Gebäudesanierung größer.“ S. 56 Entwurf Haushaltsplan 2011

Mit der zu beschließenden Erhöhung der Schulgebäudesanierung und -unterhaltung wird die bauliche Voraussetzung für eine gute Bildung und den effizienten Einsatz von Energie verbessert und dem weiteren Gebäudesubstanzverlust entgegengewirkt.

Der Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
 Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
 Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 20): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
 Kinder- und Jugendbeteiligung erhalten, Planungskosten sichern**

Amt/Bereich 51 Jugendamt

Seite Haushalt 540

Sachkonto 084000001

Beschreibung f. 2011 Jugendbeteiligungsprojekte, Zugänge sonstige Betriebsausstattung

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	960			
Erhöhung um	4.040			
Neuer Ansatz	5.000			

Deckungsvorschlag:

Kapitalbereitstellung zur Beteiligung an assoziierten Unternehmen.

Begründung:

Die Planungskosten für die Kinder- und Jugendbeteiligung soll im bewährten Umfang abgesichert werden, die Kürzungen im Haushaltsentwurf gegenüber den Vorjahreszahlen werden rückgängig gemacht.

Der Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
 Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
 Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 21): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
 Jugendherberge modernisieren**

Amt/Bereich 65 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

Seite Haushalt 542

Sachkonto 6500780100

Beschreibung f. 2011 Jugendherberge, Baukosten

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	0	0	200.000	3.300.000
Erhöhung um	200.000,00	3.300.000,00		
Kürzung um			200.000	3.300.000
Neuer Ansatz	200.000,00	3.300.000,00	0	0

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

Die Modernisierung der Kasseler Jugendherberge ist angesichts des Ausstattungsstandards und baulichen Zustands notwendig um für BesucherInnen mit kleinem Budget und Jugendgruppen ein attraktives Übernachtungsangebot in Kassel zu bieten. Die andere Hälfte der notwendigen Investitionskosten wird vom Deutschen Jugendherbergswerk getragen. Um mit dem Bau im übernächsten Jahr beginnen zu können sind die Gelder für die Planung in dem Haushaltsjahr 2011 bereit zu stellen.

Der Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 22): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Kitagebäude Ausbau sichern**

Amt/Bereich 65 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

Seite Haushalt Seite 545

Sachkonto 053100001

Beschreibung f. 2011 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitei

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	282.000	431.000	423.000	1.897.500
Erhöhung um	400.000	400.000	400.000	
Kürzung um				1.600.000
Neuer Ansatz	682.000	831.000	823.000	297.500

Deckungsvorschlag:

Kosten für den Erwerb von Grundstücken Langes Feld

Begründung:

Wenn das Versprechen des rechtlichen Anspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz in 2013 auch nur annähernd eingehalten werden soll, muss jetzt in entsprechende Gebäudekapazitäten investiert werden und nicht nach wie der Plan vorschlägt in 2014 folgende. Mit der zu beschließenden Erhöhung des Neubaus der Kindertagesstätteneinrichtung wird die bauliche Voraussetzung für die ausreichende Bereitstellung von Betreuungsplätzen versucht sicherzustellen und in eine gute Bildung und die Verbesserung der Chancengleichheit investiert.

Der Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Vorsitzende Friedrich ruft die Änderungsanträge Nr. 23 und 24 gemeinsam zur Beratung auf.

Lfd. Nr. 23): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Kinder- und Jugendbeteiligung erhalten, Umsetzung sichern**

Amt/Bereich 67 Umwelt- und Gartenamt

Seite Haushalt 547

Sachkonto 053100001

Beschreibung f. 2011 Jugendbeteiligungsprojekte, Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitei

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	0			
Erhöhung um	20.000			
Neuer Ansatz	20.000			

Deckungsvorschlag:

Kapitalbereitstellung zur Beteiligung an assoziierten Unternehmen.

Begründung:

Die Kosten für die Umsetzung der Projektideen aus der Kinder- und Jugendbeteiligung soll im bewährten Umfang abgesichert werden, die Kürzungen im Haushaltsentwurf gegenüber den Vorjahreszahlen werden rückgängig gemacht.

Der Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

**Lfd. Nr. 24): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Kinder- und Jugendbeteiligung**

Seite Haushalt 547

Investition 670 4440 1 00 - Jugendbeteiligungsprojekte

Sachkonto 053 100 001

Bezeichnung Zugänge Kindergärten, -tagesstätten, Jugend- u. Freizeiteinr.

Jahr	Ansatz 2011 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2012 Euro	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro
Haushaltsansatz	0,00				
Erhöhung um	20.000,00				
Neuer Ansatz	20.000,00				

Deckungsvorschlag:

Siehe Änderungsantrag Nr. 24a

Begründung:

Sicherstellung der Mittel für Initiierung von Projekten von -51K- in Zusammenarbeit mit Vereinen, Schulen, Kitas und Jugendgruppen. Die Kinder- und Jugendprojekte werden mit großem ehrenamtlichem Engagement vieler Beteiligter durchgeführt. Die Erhöhung ist notwendig, um die Kinder- und Jugendprojekte adäquat mit den verbundenen Investitionen realisieren zu können.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

zugestimmt.

Lfd. Nr. 24 a): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Deckung Kinder- und Jugendbeteiligung

Seite Haushalt 592

Investition 660 6140 1 75 - Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (VMMS)

Sachkonto 061 305 101

Bezeichnung Zugänge Verkehrssignalanlagen

Jahr	Ansatz 2011 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2012 Euro	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro
Haushaltsansatz	160.000,00				
Kürzung um	20.000,00				
Neuer Ansatz	140.000,00				

Begründung:

Deckungsvorschlag für gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/ Grüne betr. „Kinder- und Jugendbeteiligung“ v. 11.11.2010. (Nr. 24)

Im Rahmen der Diskussion stellt Stadtverordneter Lewandowski, CDU-Fraktion, zu Protokoll fest, dass der Magistrat die Fraktionen der SPD und B90/Grüne beraten hat.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag Nr. 24 a der Fraktionen der SPD und B90/Grüne wird bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

zugestimmt.**Lfd. Nr. 25): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG****Sanierung Rothenditmold nicht schieben**

Amt/Bereich 630 Stadtplanung und Bauaufsicht

Seite Haushalt 569

Sachkonto 051 010 001

Beschreibung f. 2011 Städteb. Sanierungsmaßnahme Rothenditmold

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	300.000	500.000	1.000.000	4.000.000
Erhöhung um	570.000	370.000	3.060.000	
Kürzung um				-4.000.000
Neuer Ansatz	870.000	870.000	4.060.000	0

Deckungsvorschlag:

Kosten für den Erwerb von Grundstücken Langes Feld

Begründung:

Die Sanierung in Rothenditmold ist über den Stadtteil hinaus für die Entwicklung Kassels bedeutend. Die im Haushaltsentwurf des Magistrats vorgenommene Verschiebung der Finanzierung der Maßnahmen wird mit der Zustimmung zu diesem Änderungsantrag rückgängig gemacht. Eine Verzögerung der Maßnahmen kann zu höheren Kosten führen, die Belastung des Stadtteils sollte nicht verlängert werden. Die originären Mittel, die durch die Stadt Kassel selbst auf zu bringen sind, bewegen sich in einem sehr geringen Anteil und Umfang.

Der Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 26): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Entenanger modernisieren**

Amt/Bereich 63 Stadtplanung und Bauaufsicht

Seite Haushalt 570

Sachkonto 051 010 001

Beschreibung f. 2011 Umgestaltung Entenanger

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	0	0		
Erhöhung um	800.000	1.000.000		
Neuer Ansatz	800.000	1.000.000		

Deckungsvorschlag:

Die aufgelaufenen Rückflüsse aus den Darlehen im Rahmen der Städtebauförderung in der Innenstadt können für das Sanierungsgebiet Entenanger in Absprache mit dem Land Hessen zweckgebunden eingesetzt werden.

Begründung:

Der Entenanger mit seiner umgrenzenden Bebauung aus Wohn- und Geschäftsgebäuden entspricht im Erscheinungsbild und in der Ausstattung nicht mehr einem attraktiven Innenstadtquartier. Die Verbesserung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität des Stadtplatzes ist die Voraussetzung das Quartier zu modernisieren und einer stabilen, gemischten Wohnbevölkerung ein attraktives Wohnen der kurzen Wege in einer durchgrüneten Umgebung zu eröffnen.

Der Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Vorsitzende Friedrich ruft die Änderungsanträge Nr. 27 und 28 gemeinsam zur Beratung auf.

Lfd. Nr. 27): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**Leere Kassen, Calden lassen**

Amt/Bereich 90 Allgemeine Finanzwirtschaft

Seite Haushalt 619

Sachkonto 035700001 Flughafen GmbH Kassel, Zuweisung

Beschreibung f. 2010 Investitionszuschuss Flughafen

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	6.063.000			
Kürzung um	6.063.000			
Neuer Ansatz	0			

Begründung:

Der Neubau eines Verkehrsflughafens ist aus wirtschaftspolitischer Vernunft abzulehnen. Die vorausseilende Bereitstellung von Haushaltsmitteln ist insgesamt unverantwortlich und im Sinne von Haushaltsehrlichkeit unzulässig. Die Mittel die ohne ausreichende Begründung in den Vorjahren schon überwiesen worden sind, sind vor neuen Kreditaufnahmen ab zu schmelzen. Die Stadt Kassel verhängt für alle Zahlungen im Zusammenhang mit dem Neubau/Ausbau des Flughafens Kassel Calden einen Zahlungsstopp mindestens solange bis

- die realistischen Kosten gemäß dem aktuellen Planungsstand ermittelt sind
- die Lebenszykluskosten ermittelt sind und offengelegt worden sind

- eine Kosten Nutzen Analyse erstellt worden ist und offengelegt worden ist
- der Kostenplan des Betriebs und der Umfang der notwendigen Subventionierung zur Defizitabdeckung ermittelt und offengelegt worden ist
- die Flughafen GmbH mit ausreichender Begründung Zahlungen durch die Stadt Kassel anfordert

Angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt ist ein finanzieller "Blindflug" der Stadt in Bezug auf die Höhe und die bisher noch nicht einmal ermittelten Betriebskostendefizite völlig unverantwortlich.

Die Bedingung des § 122 HGO zur Beteiligung an Gesellschaften ist nicht erfüllt.

Der Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 28): Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne

Seite Haushalt 619

Amt/Bereich 900

Sachkonto 035 700 001

Bezeichnung Investitionszuschuss Flughafen

Jahr	Ansatz 2011 Euro	VE (Verpflichtungs- ermächtigung)	Finanzplan 2012 Euro	Finanzplan 2013 Euro	Finanzplan 2014 Euro
Haushaltsansatz	6.063.000€				
Kürzung um	6.063.000€				
Neuer Ansatz	0€				

Begründung:

Für den Flughafenneubau besteht kein Bedarf. Der Magistrat wird zu Verhandlungen aufgefordert, aus den bestehenden Verträgen auszusteigen und damit wichtige andere Investitionen zu ermöglichen.

Der Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion B90/Grüne wird bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 29): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Keine Privatisierung städtischer Aufgaben

Amt/Bereich 90 Allgemeine Finanzwirtschaft

Seite Haushalt 621

Sachkonto 130001100

Beschreibung f. 2011 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Jahr	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro	2014 Euro
Haushaltsansatz	100.000	100.000	100.000	100.000
Kürzung um	100.000			
Neuer Ansatz	0			

Begründung:

Die stete Bereitstellung von 100.000 Euro als Kapital für neue Unternehmensgründungen und Beteiligungen wird als Privatisierungsansatz abgelehnt. Es sind inzwischen viele Aufgaben in Form von GmbHs und anderen privatrechtlichen Gesellschaftsformen gegründet worden. Die

Stadtverordneten und die Öffentlichkeit haben nur sehr eingeschränkten Informationszugang und noch eingeschränkteren Einfluss auf die Firmenpolitik. Erst wenn es nicht funktioniert und weiteres Geld aus dem Haushalt benötigt wird, tauchen ein paar Informationen zu den Gesellschaften auf wie z.B. bei FIDT oder jüngst beim Science Park.

Der Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 30): Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Deckung Kinder- und Jugendbeteiligung**

**Der gemeinsame Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktionen der SPD und
B90/Grüne wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.**

**Lfd. Nr. 31): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Girls only im Haushalt absichern**

Teilergebnishaushalt 51003 Jugendamt Allgemeine Förderung junger Menschen
Seite Haushalt 639
Sachkonto 728 800 000
Beschreibung Mädchentreff Girls only

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	36.708
Erhöhung um	12.000
neuer Haushaltsansatz	48.708

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

Der derzeitige Personalkostenzuschuss aus Stiftungsmitteln muss von diesen unabhängig gemacht werden und in eine Regelförderung umgewandelt werden, um die Arbeit im Mädchentreff langfristig sicherzustellen.

Der Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
abgelehnt.

**Lfd. Nr. 32): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Projekt Real Life fördern**

Teilergebnishaushalt 51003 Jugendamt Allgemeine Förderung junger Menschen
Seite Haushalt neu
Sachkonto 728 800 000
Beschreibung Projekt „Real Life“
Beratung bei exzessiver Computer- und Internetnutzung

Jahr	2011/Euro
Haushaltsansatz	0
Erhöhung um	10.000
neuer Haushaltsansatz	10.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte.

Begründung:

„Real Life“ ist ein Beratungsangebot für all diejenigen, die einen problematischen Umgang mit den neuen Medien haben oder als Angehörige, Freunde und Bezugspersonen Unterstützung und Rat suchen.

Die Beratung umfasst insbesondere eine problematische Nutzung des Computers und anderer Medien.

Gerade Eltern in ihrer Rolle als Erziehungsberechtigte sollen durch Informationsvermittlung und Beratung in die Lage versetzt werden adäquat eingreifen und handeln zu können.

Der Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Lfd. Nr. 33): Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**RESPEKT e.V. Arbeit absichern**

Teilergebnishaushalt 51003 Jugendamt Allgemeine Förderung junger Menschen

Seite Haushalt neu

Sachkonto 728 800 000

Beschreibung RESPEKT e.V. Gewaltprävention

Jahr	2011 Euro
Haushaltsansatz	0
Erhöhung um	10.000
neuer Haushaltsansatz	10.000

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen der Gewerbesteuer aus der Erhöhung des Hebesatzes um 20 Punkte

Begründung:

Respekt e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, den respektvollen Umgang in der Gesellschaft zu fördern. Der Tätigkeitsschwerpunkt liegt in der Vermittlung persönlicher und sozialer Kompetenzen, Gewaltprävention und Zivilcourage-Training.

Das Referenten- und Trainerteam von Respekt e.V. bietet Fort- und Weiterbildungen an, berät und trainiert mit Kindern und Jugendlichen.

Diese Arbeit muss finanziell abgesichert werden.

Der Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

abgelehnt.

Nach Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2011 einschließlich aller Veränderungslisten und Änderungsanträgen in 2. Lesung stellt Vorsitzende Friedrich die Vorlage des Magistrats in der Fassung der Veränderungslisten 1 bis 4 und der heute erarbeiteten Fassung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zur Abstimmung.

Sie weist darauf hin, dass lediglich diese abschließende Beschlussempfehlung mit der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2010 verschickt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 vom 23.08.2010, einschließlich der Veränderungsliste 1 **bis 4** zum Haushaltsplanentwurf 2011 **und in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 24.11.2010 erarbeiteten Fassung.**
 - b. das Investitionsprogramm (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2011 - 2014 **in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 24.11.2010 erarbeiteten Fassung.**
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2010 bis 2014 nach dem Stand vom 23.08.2010 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2011 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014, 101.16.1803, **in der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 24.11.2010 erarbeiteten Fassung**, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

3. Überarbeitung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2011

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1931 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haushaltsplanentwurf 2011 wird abgelehnt. Der Magistrat wird aufgefordert, den Haushaltsplan für 2011 schnellstmöglich zu überarbeiten und neu vorzulegen mit dem Ziel, das Defizit unter Berücksichtigung folgender Kriterien zu verringern:

1. Einsparung von Personal- und Sachkosten der Verwaltung:

- Weitere Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit durch die Zusammenfassung von Ämtern und Dienststellen der Stadt und des Landkreises (z.B. Veterinärämter, Jugendämter)

- Aufgabe von eigenständigen Ämtern durch Integration in die Verwaltung (z.B. Bauverwaltungsamt, Wohnungsamt)
- Zusammenlegung von Ämtern (z.B. Sportamt mit dem Umwelt- und Gartenamt)
- Notwendigkeit der Unterhaltung einer Stadtgärtnerei überprüfen
- Stärkung der dezentralen Verantwortung durch Aufgabenreduzierung bei den Querschnittsämtern
- Schöpfung von Synergien durch verbesserte Zusammenarbeit Stadtverwaltung/Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften

2. Reduktion der Kosten:

- Streichung aller Ansätze für ein Energiereferat
- Ansätze für Gutachten, Planentwürfe und Wettbewerbe überprüfen und auf das unumgängliche Mindestmaß reduzieren
- Kürzung der Ansätze für Ehrungen und Repräsentation, Gästebewirtung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Mittel für die 1100-Jahrfeier der Stadt Kassel)
- Zuschüsse, Zuwendungen und andere freiwillige Leistungen überprüfen und an die aktuelle Lage anpassen (Vorschlag: Zehnprozentige Pauschalkürzung mit Ausnahme der Mittel für Kindertagesstätten)
- Energiecontracting – Energieberatung für stadteigene Liegenschaften durch Städtische Werke bzw. andere Unternehmen durchführen lassen, deren Honorar in Abhängigkeit der eingesparten Energiekosten festgesetzt wird
- Die ambulante Jugendhilfe der stationären Hilfe verstärkt vorziehen – Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien statt in Heimen
- Umstellung auf kostenlose Open Source Software wie Linux, Open Office und andere

3. Vermögenshaushalt:

- Kürzung der Ausgaben für Radwege
- Streichung der Mittel für Friedhofsanlagen (Diese sind aus Gebühren zu finanzieren)
- Streichung der Mittel für die Installation und die Unterhaltungskosten eines Fahrradverleihsystems
- Generelle Überprüfung bzw. Reduzierung der Investitionen bei Schulformen mit rückläufigen Schülerzahlen wie Förderschulen und Gesamtschulen (z. B. Neugestaltung Schulhof der Friedrich-Wöhler-Schule)
- Vorhaben „Neues Technisches Rathaus“ streichen
- Vorhaben Umbau Entenanger streichen
- Zuschuss Kulturzelt streichen
- Überprüfung der Wirksamkeit der Projekte Stadtbau West (Oberzwehren), Soziale Stadt (Wesertor) und Sanierung (Rothenditmolde)

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2011, 101.16.1931, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hartig

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1897 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Vorsitzende Friedrich weist darauf hin, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.10.2010 betr. „Keine Gebühren für Straßenmusik“ bei der Erarbeitung der vorliegenden 2. Änderung der Sondernutzungs- und –gebührensatzung aus Zeitgründen keine Berücksichtigung mehr gefunden hat. Die SPD-Fraktion bringt daher folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

„...**unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 04.10.2010, 101.16.1484.**“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung), 101.16.1897, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage

ersichtlichen Fassung **unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 04. Oktober 2010, 101.16.1484.**“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung), 101.16.1897, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

- 5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 7/2010 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1919 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 7/2010 enthaltene über- u. außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung im Ergebnishaushalt in Höhe von 540.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Liste 7/2010 -, 101.16.1919, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

- 6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste XII/2010 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1920 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,
von der in der beigefügten Liste XII/2010 gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten
Aufwendung/Auszahlung
im Ergebnishaushalt in Höhe von 32.000,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste A/2010 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1921 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,
von den in der beigefügten Liste gemäß § 114 g Abs. 1 HGO bewilligten über- bzw.
außerplanmäßigen Aufwendungen
im Ergebnishaushalt in Höhe von 342.493,33 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 443.290,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8. Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1922 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

den Wirtschaftsplan 2011 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 des
Eigenbetriebes „Die Stadtreiniger Kassel“ und

stimmt dem Beschluss über den Wirtschaftsplan „Die Stadtreiniger Kassel“ für das
Wirtschaftsjahr 2011 zu.

2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt vom Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 des
Eigenbetriebes „Die Stadtreiniger Kassel“ Kenntnis.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014, 101.16.1922, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

- 9. Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1923 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

den Wirtschaftsplan 2011 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 des Eigenbetriebes „Kasseler Entwässerungsbetrieb“

und stimmt dem Beschluss über den Wirtschaftsplan „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2011 zu.

2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt vom Finanzplan des Eigenbetriebes „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ für die Jahre 2010 bis 2014 Kenntnis.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 für den Eigenbetrieb „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ sowie Investitionsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014, 101.16.1923, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

10. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1924 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung), 101.16.1924, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

10.1 AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1941 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Liquidation der Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH zum 31. Dezember 2010 wird zugestimmt.
2. Als Liquidatoren werden die Geschäftsführer Detlev Ruchhöft und Jan Rümenap bestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH, 101.16.1941, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Strube

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf der nachfolgenden Tagesordnungspunkte. Diese Tagesordnungspunkte werden für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 11. Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1711 -

- 12. Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1717 -

- 13. Kassel-Marathon**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.16.1731 -

- 14. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1738 -

- 15. Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1739 -

- 16. SchülerInnenticket im Solidarmodell**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1756 -

- 17. Auebad Sprunganlage Sanierung starten**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1759 -

- 18. Steuerschätzung**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1768 -

- 19. Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1788 -
- 20. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.16.1799 -
- 21. Zukunftsfähiges Wirtschaften**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.16.1808 -
- 22. Zweitwohnungssteuer**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1816 -
- 23. Mediationsverfahren Friedhofspflegearbeiten**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1841 -
- 24. Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken - Zukunft der Stadtwerke**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1865 -
- 25. Keine Zweitwohnungssteuer für Familien**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1902 -
- 26. Besondere Aufgabenbereiche innerhalb der Verwaltung**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.16.1906 -
- 27. Bäderbeschluss umsetzen - Planung für Wilhelmshöhe und Harleshausen vorstellen**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1914 -

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 59. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen am
Mittwoch, 24.11.2010, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Petra Friedrich, SPD
Vorsitzende

Georg Lewandowski, CDU
1. stellvertretender Vorsitzender

Gernot Rönz, B90 / Grüne
2. stellvertretender Vorsitzender

Anke Bergmann, SPD
Mitglied

Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Mitglied

Christian Geselle, SPD
Mitglied

Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD
Mitglied

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Mitglied

Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied

Monika Sprafke, SPD
Mitglied

Dr. Maik Behschad, CDU
Mitglied

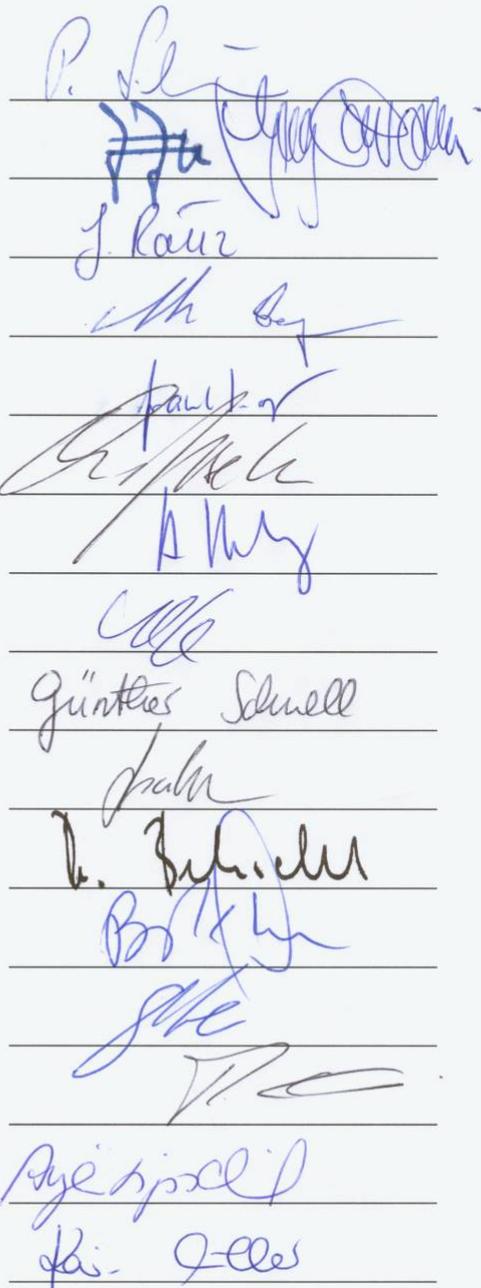
Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied

Donald Strube, CDU
Mitglied

Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied

Anja Lipschik, B90 / Grüne
Mitglied

Karin Müller, MdL, B90 / Grüne
Mitglied



Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

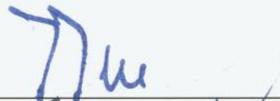
entschuldigt

Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

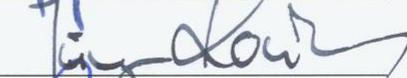


Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



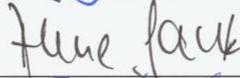
Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister



Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer



Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin



Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat



Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin



Edith Schneider,
-16-



Verwaltung/Gäste

Heidrich -20-

Stk-Witz -20-

Stefan Rios -20-

Mod -16-

W. Schwerdtfeger III K

Zadenbach -60-

Chlumar -57-

Schoop -65-

Pedern -67-

Wrense -63-

Fulmühl -66-

Rudolph-Kim -20/201-

Jelut

~~Reich~~
Ruchhöft -50

Schamberg -50-

Heegw -40-

Witz -40-

Oppl -51-

Von Secht -51-

Witz -41-

Flüchters -41-

Witz -11-

Witz -11-